

Politik war für mich schon immer Verpflichtung, über den Tag hinaus zu denken und Verantwortung zu übernehmen. Als Vorsitzender der Zukunftskommission der FDP Baden – Württembergs habe ich das mit meinen Mitstreitern so formuliert:

Neues Denken

**FDP Baden - Württemberg:
“Liberale Bürgergesellschaft”**

Arbeitsthesen, (Stand 18.7.2000)

I Das Problem

Unsere Gesellschaftsordnung finanziert sich über Steuer- und Sozialsysteme, deren Grundgedanke und Systematik in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Die offene und innovative Welt eingangs des 21. Jahrhunderts aber hat diese Ordnung längst aus den Angeln gehoben. Das vollzieht die Politik und die Gesellschaft nicht nach; sie flickschustert an den Symptomen, ohne die Systemmängel zu beheben:

- In der gesellschaftlichen Realität sind Erwerbsarbeit und Wertschöpfung zunehmend entkoppelt;**
- wir aber machen noch immer den Selbstwert der Menschen und das Überleben der staatlichen und sozialen Finanzierungssysteme an der Erwerbsarbeit fest.**

Die Folge: Wir verschenken Wohlstand, produzieren Arbeitslosigkeit, unterdrücken Leistungsbereitschaft und Kreativität.

II Die Situation

- 1. Der Verlust traditioneller Arbeitsplätze in Deutschland ist in der Wissensgesellschaft unseres hochtechnisierten Landes kein konjunktureller Unfall, sondern eine strukturelle und nicht umkehrbare Entwicklung.**

Durch weitere (und wohl noch zunehmende) technologische Entwicklungssprünge geht im Industrie-, Gewerbe- und(!) "traditionellen" Dienstleistungsbereich die Anzahl der Arbeitsplätze auch in den nächsten Jahren deutlich zurück.

Die so entstandene und entstehende Arbeitslosigkeit wird nicht mit herkömmlichen Denkansätzen und Instrumentarien wie Beschäftigungsprogramme, Bündnisse für Arbeit oder Flexibilisierung von Arbeitsplätzen überwunden werden können. Sie dienen mehr der Verteilung der vorhandenen Arbeit als der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch grundlegende strukturelle Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

2. Dennoch ist die These, unserer Gesellschaft ginge "die Arbeit aus", falsch. Neue Arbeitsplätze entstehen dort, wo neue Waren und Dienstleistungen verkauft werden können. Unternehmen werden nicht gegründet, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um Produkte herzustellen und zu verkaufen. Das zu fördern ist die Aufgabe einer intelligenten Steuerung durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und erfordert grundlegende strukturelle Veränderungen.
3. Immer weniger gesellschaftliche Wertschöpfung wird über die Arbeit erwirtschaftet. Aber die unsere Gesellschaft tragenden Steuer- und Sozialsysteme hängen an der Belastung des Faktors Arbeit. Immer weniger Arbeit muß deshalb mit immer neuen Abgaben belastet werden.
4. Eine Diskussion über die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Arbeitszeit, Sozial-, Familien- und Freizeit ist überfällig. Zentrale Bedeutung in der öffentlichen Debatte hat die Erwerbsarbeit („Recht auf Arbeit“). In Wirklichkeit sind mit zunehmendem allgemeinem Wohlstand die tradierten Werte der protestantischen Arbeitsethik immer mehr in den Hintergrund getreten. Die Menschen suchen mehr und mehr danach, das Maß an Fremdbestimmung des Lebens zu reduzieren und stärkere Selbständigkeit bei ihrer Lebensgestaltung zu erlangen ("Recht auf schöpferische Teilhabe").
5. Die aktuellen Politikansätze haben den gesellschaftlichen Wertewandel nicht nachvollzogen. Sie zwingen Menschen dazu, das zu tun, was sie nicht wollen und verschwenden damit Ressourcen: arbeitende Menschen werden überlastet, Arbeitswillige in den Ruhestand geschickt und Arbeitssuchende bleiben ohne Arbeit,

während der, der gerne ausscheiden möchte, an seinem Arbeitsplatz festgehalten wird. Stattdessen muß die Kreativität des Leistungsbereiten solange wie möglich gefördert und ausgeschöpft und der freie Wille dessen, der aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden will, respektiert werden. Wir müssen die Tür zu einer neuen Beschäftigungsgesellschaft mit einer neuen Steuerpolitik aufstoßen.

6. Die Ausgangspositionen für ein Umdenken sind so gut wie in keinem anderen Land: Deutschland ist noch (!)
 - ein reiches Land
 - ohne nennenswerte soziale Verwerfungen
 - mit gesellschaftlichem Konsens.
7. Der gesellschaftliche Konsens ist gefährdet, weil es eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die wegen mangelnder Qualifikation bei beständig steigenden Qualifizierungsansprüchen keine Verwendung in der traditionellen Arbeitswelt mehr finden werden.
8. Hohe direkte Steuern belasten die Konkurrenzfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb und sind national im Verbund mit den Lohnnebenkosten ein Hauptgrund für Schwarzarbeit.
9. Die Vielfachbesteuerung von Zinsen und Gewinnen benachteiligt Sparer und Investoren und erstickt die gesellschaftspolitisch notwendige Eigenvorsorge.

III Der Weg

Präambel: Die nachstehenden Lösungsansätze beruhen auf unserer folgenden Grundüberzeugung für eine „Liberalen Bürgergesellschaft“:

Das Ergebnis eigenen Tuns ist der grundlegendste Ausdruck unserer Persönlichkeit und unserer Freiheit. Daraus folgt: Nicht nur Erwerbsarbeit schafft Lebenssinn. Insofern ist bezahlte Arbeit wichtig, aber nicht alles. Wir bekennen uns zur staatlichen Verpflichtung, die Grundlagen unseres Sozialstaats durch geeignete Rahmenbedingungen für das Wachstum von Wirtschaft und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu schaffen. Auf Dauer aber beschädigt es Individuum und Gesellschaft, wenn sich der Lebenssinn eines Menschen und sein Selbstwertgefühl allein über Erwerbsarbeit definiert. Erwerbsarbeit bedarf deshalb ergänzender Sinnangebote. **Das Idealbild einer Liberalen Bürgergesellschaft ist erreicht, wenn der Mensch ohne Gefährdung seiner materiellen Existenz die Verteilung seines Zeitbudgets zwischen Erwerbsarbeit und sonstiger Betätigung (Familie, Hobby und Ehrenamt) selbst bestimmen kann und die gewonnene Freiheit in die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung umsetzt.** Eine solche

Individualisierung steht dem gesellschaftlichen Engagement keineswegs entgegen - im Gegenteil. Auf Dauer führt nur freiwillig erbrachter ehrenamtlicher Einsatz dazu, dass das gesellschaftspolitische Ziel der Stärkung des inneren Zusammenhalts erreicht wird.

1. Das ungeordnete Nebeneinander von Steuer- und Sozialsystemen wird zu einem "System aus einem Guß" umgeformt. Die staatlichen Leistungen und Zuwendungen werden zu einer "Grundsicherung für alle" zusammengefaßt - das sog. Bürgergeld.
2. Ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeit wird neu bewertet; sie vermittelt einen eigenen sozialen Status und (Selbst-)Wert unabhängig vom Sozialprestige einer Erwerbsarbeit.
3. Sparen und Investieren wird steuerlich entlastet, damit Menschen in die Lage versetzt werden, Eigenvorsorge (Alter, Krankheit) zu betreiben.
4. Die gegenwärtigen Sozialsysteme werden zu Grundsicherungen umgebaut, die durch verstärkte private Vorsorge ergänzt werden.
5. Neuorientierung des Steuerwesens
 - Verlagerung des Besteuerungsschwerpunktes von der Einkommens- auf die Konsumbesteuerung: staatliche Finanzierungssysteme knüpfen damit nicht mehr an der Arbeit, sondern an der Wertschöpfung und damit am Konsum an.
 - Eine inländische Konsumbesteuerung (unter Abbau der Unternehmensbesteuerung) stärkt weltweit die Absatzfähigkeit deutscher Produkte, erschließt damit neue Beschäftigungspotentiale im Inland und schafft so die finanzielle Basis für zusätzlichen Konsum als Bemessungsgrundlage der Besteuerung (Verbreiterung der "funktionellen" Besteuerungsbasis).
 - Das Ausmaß des individuellen Konsums spiegelt auch die individuelle Leistungsfähigkeit wieder. Die Konsumbesteuerung kann deshalb auch differenziert-progressiv gestaltet werden: der Grundbedarf wird einem ermäßigten Steuersatz unterworfen, der gehobene Bedarf mit einem höheren Konsumsteuersatz bedacht.

IV Das Ergebnis

Nach dem Umbau ist die Gesellschaft auf dem Weg zum selbstbestimmten Menschen mit den gesellschaftlichen Grundpfeilern

- befriedigende Beschäftigung und
- Existenzsicherung für alle;
- Belohnung von Leistung und Kreativität;
- Nutzung des Leistungsvermögens und damit Ausschöpfung der gesellschaftlichen Ressourcen;
- Wecken der dynamischen Kräfte der Wirtschaft;
- weltweite Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte.

Ulrich Eidenmüller